

71. Bayerischer Ärztetag ganz im

Das Megathema „Industrialisierung und Ökonomisierung“ will Dr. Max Kaplan, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), sowohl innerärztlich diskutieren als auch darüber eine gesellschaftliche Debatte führen. Aus diesem Grund stand die Auftaktveranstaltung des 71. Bayerischen Ärztetages 2012 unter dem Titel „Industrialisierung der Medizin“. Ursula Heller vom „Bayerischen Rundfunk“ übernahm die Regie für den Abend und die Diskussion. Nach den Grußworten des Oberbürgermeisters der Stadt Augsburg, Dr. Kurt Gribl (CSU), und des Bayerischen Gesundheitsministers, Dr. Marcel Huber (CSU), diskutierten auf dem Podium im Augsburger Rathaus Professor Dr. Georg Marckmann, MPH, Leiter des Instituts für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin, Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Michael Philippi, Vorstandsvorsitzender der Sana Kliniken AG, BLÄK-Präsident Kaplan, der abschließend noch ein Schlussstatement abgab, mit reger Publikumsbeteiligung. Symphonisch umrahmt wurde das Ganze durch das Augsburger Ärzteorchester, das die über 300 Teilnehmer der Eröffnung mit Auszügen aus dem Trompetenkonzert von Georg Philipp Telemann, aus Palladio Concerto Grosso von Karl Jenkins und aus Wolfgang Amadeus Mozarts Kleiner Nachtmusik im Goldenen Saal regelrecht begeisterte.



Spannende Diskussionen im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses.

Standort Augsburg

Der Augsburger Oberbürgermeister stellte den Tagungsort zunächst als „Fugger- und Mozartstadt, als Friedensstadt und als Heimat der Puppenkiste“ vor und betonte Augsburgs medizinische Tradition. 1512 wurde in Augsburg die älteste deutsche Medizinalordnung erlassen, die mit ganz wenigen Korrekturen bis zur Neuordnung des Medizinalwesens im Jahr 1801 gültig war. Gribl ging ebenso auf das gegenwärtige Augsburg als einen Standort mit hohem Standard in der medizinischen Versorgung ein. Insgesamt gebe es 40 Kliniken, Institute

und interdisziplinäre Zentren und ein Klinikum, das der größte Arbeitgeber in Schwaben mit etwa 5.300 Beschäftigten sei und derzeit generalsaniert werde.

Sprechende Medizin

„Wie sichern wir aktuell herausragende medizinische Versorgung auch in Zukunft?“, „Wie gehen wir mit steigendem Kostendruck im Gesundheitswesen um?“, „Wie sehr darf das ökonomische Denken die Ausübung der Heilberufe beeinflussen?“ begann Minister Huber

seine Ausführungen. Darauf müssten Politik, Ärzteschaft und alle, die für medizinische Versorgung Verantwortung tragen, Antworten finden. Ganz klar sprach sich Bayerns Gesundheitsminister gegen eine Ökonomisierung der Medizin aus. Dass immer mehr die Arbeitsschritte in der Medizin als Produktionsprozesse behandelt und nach ökonomischen Gesichtspunkten optimiert werden sollen, müsse kritisch gesehen werden. Für das vertrauensvolle Gespräch zwischen Arzt und Patient, die „sprechende Medizin“, müsse genügend Zeit in der Behandlung verbleiben. „Formulare allein machen nicht gesund“, so Huber wörtlich. Bay-

Zeichen der Industrialisierung



Auf dem Podium: Dr. Michael Philippi, Professor Dr. Georg Marckmann, Ursula Heller und Dr. Max Kaplan (v. li.).

ern habe sich im Bundesratsverfahren dafür eingesetzt, dass die Gesprächskompetenz den angehenden Ärztinnen und Ärzten bereits in der Ausbildung vermittelt werde. Ferner ging Huber auf die Förderprogramme der Staatsregierung zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der ärztlichen Versorgung vor allem im ländlichen Raum ein und betonte die besondere Verantwortung der Selbstverwaltung für das Gesundheitssystem. „Dass unser Gesundheitssystem zu den Besten weltweit gehört, ist auch ein Verdienst der Selbstverwaltung“, sagte Huber. Zur Einigung im Honorarstreit kommentierte Huber, dass die Vertragspartner

zu einem „Miteinander“ statt einem „Gegeneinander“ zurückfinden müssten. Denn nur bei einem partnerschaftlichen Zusammenwirken von Ärzten und Kassen könnten kranke Menschen die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Schließlich nutzte Huber die Gelegenheit, um vom faktischen Stillstand bei der GOÄ-Novelle wegzukommen. Der Minister forderte den Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) freundlich, aber bestimmt auf, den GOÄ-Umbau jetzt zur Chefsache zu machen und dafür zu sorgen, dass eine neue Privatgebührenordnung noch in 2013 fertig wird, wofür er natürlich Beifall ertete.

Ansprechpartner BLÄK

Damit übernahm Ursula Heller die Moderation der Podiumsdiskussion und stellte nochmals das Thema des Abends vor, „das den Blutdruck vieler Menschen steigen lässt“. Die Eingangsfrage „Wird Heilen zum industriellen Prozess, bleibt dabei die Zuwendung auf der Strecke?“, fragte sie an die Adresse des Sana-Vorstands Philippi, der dies für seinen Klinikkonzern zumindest in Abrede stellte. Doch die Journalistin hatte nach: „Sie freuen sich über gigantische Wachstumsraten in Ihren Kliniken. Was ist der Preis dafür?“ Philippi verneinte, dass es Krankenhäuser mit Arbeitsprozessen wie am Fließband und ohne Zeit für Zuwendung gebe. Kliniken seien keine Heilungsfabriken und Betriebsräte monierten zwar immer mal wieder die Arbeitsverdichtung, was er jedoch im Bereich des Normalen sah, da dies in anderen – kommunalen bzw. konfessionellen – Häusern nicht anders sei. An den Ethikprofessor Marckmann richtete die Moderatorin die Frage: „Droht unsere Kultur des Heilens und Helfens durch Industrialisierung und Ökonomisierung zu verkümmern?“ Marckmann sagte, Ethik und Ökonomie müssten grundsätzlich zusammenarbeiten. Er kam dann auf die Arbeitsbedingungen in den (privaten) Kliniken zurück und sprach Mitarbeiter- und Patientenzufriedenheit, die Arbeitsverdichtung und die Burnout-Problematik an. Nun war es an Präsident Kaplan, aus dem ärztlichen Alltag zu schildern, wie niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, ebenso wie die stationär behandelnden Kolleginnen und Kollegen, Industrialisierung zu spüren bekämen. Der Präsident ging zunächst auf den stationären Bereich ein: Einführung der DRG, Verkürzung der Verweildauer, Optimierung der Kodierung, Fallzahlerhöhung, Steigerung der Case-Mix-Punkte oder Boni-Verträge waren hier die Stichworte. Für den ambulanten Bereich nannte er Budgets, insbesondere Budgets für veranlasste Leistungen, Rabattverträge, DMP und die Praxisgebühr. BLÄK-Vizepräsidentin Dr. Heidemarie Lux stellte die Fallpauschalen, die DRG, in Frage. Diese hätten dazu geführt, dass der Wettbewerb sich verschärft habe. „Wer es nicht schafft, wirtschaftlich zu arbeiten, der wird überführt, fusioniert, geschlossen, privatisiert?“, gab sie zu bedenken. Schließlich gab es kein Zurückhalten

im Auditorium mehr. Engagierte Wortmeldungen aus dem Publikum machten die Diskussion lebendig und vielfältig. Das Prozessmanagement werde ganz groß geschrieben. Da habe man sich von der Industrie viel abgeschaut. Es werde modularisiert und standardisiert. Das hätte sicher auch etwas Gutes, weil es die Effizienz steigern würde. Aber ärztliches Tun werde auf modulare Fertigkeiten reduziert. Der Patient erlebe „Ingenieure am Menschen“, nicht aber eine Bezugsperson. Einige Wortbeiträge monierten die fehlende Zeit für Gespräche. Die sprechende Medizin werde nicht oder nur unzureichend honoriert. Die Zeit für Verständnis, für Trost und Zuwendung sei bereits wegrationalisiert. Andere fragten nach der Zukunft der ambulanten Medizin in unserem Land, wenn immer mehr ärztliche Leistungen in Kliniken und Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) erledigt würden. Aber auch kritische Stimmen wurden laut: „Ist nicht die Überdiagnostik und die Übertherapie ein Grund des Übels?“, was Marckmann aufgriff. Er verwies hierbei auf die zentrale Bedeutung der Indikationsstellung durch den Arzt. BLÄK-Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann sprach die Fehlanreize des Systems an und plädierte für ein Mehr an integrierter Versorgung. Sektorengrenzen müssten überwunden werden. Als langjähriger Belegarzt wisse er um die Vorteile, in Praxis und Krankenhaus zu arbeiten. Der Präsident beantwortete abschließend, was die Ärztekammer tun könne, um einer Industrialisierung entgegenzuwirken und wie könne sie Ärzten helfen, die unter Druck geraten? Kaplan forderte die Erarbeitung eines Muster-Chefarztvertrags und brachte die BLÄK „als Anlaufstelle für Kollegen, besonders bei Boniverträgen oder Zielvereinbarungen“ ins Spiel. Zum Thema Weiterbildung sagte er: „Diese wird immer mehr zum ‚Abfallprodukt‘ ärztlicher Tätigkeit“. Die BLÄK steuere hier aktiv dagegen mit dem Projekt „Evaluation der Weiterbildung“ und der Einrichtung einer Ombudsstelle in der Weiterbildung, an die sich Kollegen – Weiterzubildende und Weiterbilder – wenden könnten. Generell sei die BLÄK der Ansprechpartner für alle Ärztinnen und Ärzte, die durch Ökonomisierung unter Druck gerieten. Er verwies auf den „Direkten Draht zur BLÄK“ und auf die „Telefonprechstunden mit dem Präsidium“.

Humanität statt Ökonomisierung

In seiner Schlussrede betonte der Präsident: „Unser Gesundheitssystem und unsere Profession haben nur eine Chance, wenn wir Ärztinnen und Ärzte dem Patientenwohl verpflichtet, die Humanität, das Heilen und Helfen mit all unserer Empathie und unserem Altruismus weit über die Ökonomie stellen“. Ärztinnen und Ärzte müssten die Ökonomie im Auge behalten,



Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, hieß die Teilnehmer und Gäste des 71. Bayerischen Ärztetages herzlich willkommen.

diese dürfe aber nicht das ärztliche Handeln vereinnahmen. Es gelte dem bereits fortgeschrittenen Trend Einhalt zu gebieten und ihn umzukehren. Ein erster Aufschlag sei mit dieser Eröffnungsdiskussion gemacht. Die Debatte müsse weitergeführt werden. Da ging das traditionelle „Der Bayerische Ärztetag ist eröffnet!“ fast im tosenden Applaus unter.

Arbeitstagung im Kongresszentrum Augsburg

Noch vor Beginn der eigentlichen Arbeitstagung gab die BLÄK-Vizepräsidentin Dr. Heidemarie Lux den Startschuss für einen Gesundheitslauf durch den Wittelsbacher Park und entlang der Wertach, an dem 15 Läuferinnen und Läufer teilnahmen. Pünktlich um neun Uhr begrüßte der BLÄK-Präsident Dr. Max Kaplan dann offiziell die 180 Delegierten im neu renovierten Kongresszentrum.

Bericht des Präsidenten

Im Mittelpunkt des Vortrags stand die aktuelle gesundheits-, sozial- und berufspolitische Lage. Der Präsident begann seinen Bericht mit den aktuellen Honorarauseinandersetzungen zwischen Krankenkassen und der Ärzteschaft. Die Forderung der Ärzte nach einer Steigerung der Honorare sei gerechtfertigt und unumgänglich, wenn die medizinisch hochwertige Qualität erhalten werden solle. Kontinuierlich

gestiegene Betriebskosten und die anhaltende Inflation machten eine Steigerung der Arzthonorare dringend erforderlich. Die Mitte Oktober erzielte Einigung zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV-Spitzenverband sei ein Kompromiss. Die geplante Ausbudgetierung psychotherapeutischer Leistungen sei dabei ausdrücklich zu begrüßen. „Wenn der Sicherstellungsauftrag nach § 75 Sozialgesetzbuch V (SGB V) weiterhin gewährleistet sein soll, muss den Ärzten die diagnostische und therapeutische Freiheit erhalten bleiben“, betonte der Präsident. Weiterhin seien feste und kostendeckende Preise für alle erbrachten Leistungen, eine Übernahme des Mengenrisikos durch die gesetzlichen Krankenkassen, die Wiederherstellung der ärztlichen Autonomie in Fragen der ärztlichen Qualifikation und eine Abschaffung der Regresse bei veranlassten Leistungen maßgebend für die Erhaltung des Sicherstellungsauftrages.

In der Diskussion um den Transplantations-skandal habe das Bundesgesundheitsministerium bereits Ende August wesentliche Eckpunkte festgehalten, die die Kontrolle nachhaltig verschärfen und die Transparenz erhöhen, um wieder mehr Vertrauen in die Transplantationsmedizin zu transportieren. Im Kern solle dies durch die Erweiterung der Prüfkommision, die Einführung eines Sechsen-Augen-Prinzips und durch die Einführung einer interdisziplinären Transplantationskonferenz möglich werden. Zentral sei es hier, Fehlanreize zu vermeiden, betonte der Präsident. Zu diesem



Auf dem Podium der Arbeitstagung (v. li.): Assistentin Andrea Guggenberger, M. Sc., Vizepräsidentin Dr. Heidemarie Lux, Hauptgeschäftsführer Dr. Rudolf Burger, M. Sc., Präsident Dr. Max Kaplan und Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann.

Zweck werde auch eine Arbeitsgruppe der bayerischen Transplantationszentren im Wissenschaftsministerium einberufen. Um die allgemeine Spendebereitschaft zu erhöhen, sind die Krankenkassen ab dem ersten November 2012 verpflichtet, ihre Versicherten schriftlich zur Erklärung ihrer Entscheidung bei der Organspende zu informieren.

Die Skandalisierung der Ärzteschaft durch den Vorwurf, 27.000 Ärzte seien korrupt, verurteilte der Präsident scharf. Die Studie der Universität Wittenberg-Halle sei eine „gemachte Skandalisierung, um den Ruf der Ärzteschaft in Frage zu stellen“. Auch der Vorwurf der Mengenausweitungen sei kritisch zu hinterfragen. So sei den Ärzten hier eine falsche Indikationsstellung unterstellt worden, ohne dabei die Demografie oder den medizinischen Fortschritt zu berücksichtigen. Bei der Behandlungsfehlerstatistik könne bezüglich der überprüften Fälle keine prozentuale Zunahme der Behandlungsfehler festgestellt werden. „Hier von Ärztepfusch zu sprechen, ist deplatziert“, so Kaplan. Er betonte, dass von 2008 bis 2011 der prozentuale Anteil nachgewiesener Behandlungsfehler mit circa 30 Prozent annähernd gleich geblieben beziehungsweise nur marginal gestiegen sei.

Weiterhin berichtete der Präsident von Arbeiten, die die BLÄK seit den Beschlüssen des 70. Bayerischen Ärztetages umgesetzt hat. So hat die BLÄK eine Ombudsstelle für Weiterbildungsfragen eingerichtet und die Bearbeitungszeit von Anträgen zur Zulassung zur Prü-

fung gemäß Weiterbildungsordnung reduziert. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragsingang bis Prüfungszulassung beträgt nun 6,5 Wochen.

Die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge zur Medizinischen Fachangestellten (MFA) ist gegenüber 2011 leider um 3,4 Prozent gesunken. Die Schere zwischen Ausbildungsplatzangeboten und -nachfrage klappt damit – wie in anderen Ausbildungsberufen – immer weiter auseinander, umso mehr ein Grund, diesen Beruf attraktiver zu gestalten. MFA haben durchaus eine berufliche Perspektive durch Weiterqualifikation zum/zur Fachwirt/in für ambulante medizinische Versorgung und bald zum/zur Betriebswirt/in.

Bericht der Vizepräsidentin

Vizepräsidentin Dr. Heidemarie Lux berichtete über die Aktivitäten im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung. Gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) und der Bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Impfen (LAGI) wurde die Kampagne „Masernimpfung für junge Erwachsene“ gestartet, weiterhin fand die Nationale Impfkongferenz statt sowie das Suchtforum zum Thema „Ältere Süchtige – Süchtige Ältere“, das wieder rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach München lockte. Im Rahmen des Bayerischen Fortbildungskongresses, der dieses Jahr vom 7. bis 8. Dezember statt-

finden wird, wird das Suchtforum wiederholt ausgerichtet. Eine weitere Aktion, die die BLÄK begleitet hat, war die Kampagne Männergesundheit des StMUG. Weitere von Lux initiierte bzw. unterstützte Aktionen waren das Projekt „Arzt in der Schule“, in dessen Rahmen Musikervorträge angeboten werden, wie eine Woche der Gesundheit und Nachhaltigkeit unter dem Motto „Gesunde Ernährung“, die Kampagne „Sonnenschutz: Sonnen mit Verstand“ und das Rezept für Bewegung, von dem inzwischen über 23.000 Vordrucke angefordert wurden. Für 2013 ist eine neue Broschüre des Bayerischen Landesportverbandes (BLSV) mit Sport-pro-Gesundheit-Angeboten geplant. Weiterhin berichtete die Vizepräsidentin von einem Aktionstag der Selbsthilfekoordination (SeKO) Bayern im Bayerischen Landtag, bei der sich rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Angebote zur Prävention und Selbsthilfe informierten. Die Vizepräsidentin berichtete zudem über die Neufassung des Leitfadens für Ärzte zum Erkennen von Gewalt bei Kinder und Jugendlichen des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS), an dem sich die BLÄK beteiligt hat. Im August wurde die Broschüre an Haus- und Kinderärzten, Internisten, Gynäkologen, Orthopäden und Notaufnahmen in Akutkrankenhäusern verteilt.

Im vergangenen Jahr gab es 75 Fortbildungsveranstaltungen, die von insgesamt 2.781 Teilnehmern besucht wurden. 2012 organisierte die BLÄK 68 Fortbildungsveranstaltungen, die in diesem Jahr von insgesamt 3.629 Teilnehmern besucht wurden. „Es freut mich, dass wir als Kammer in diesem Jahr noch mehr Mitglieder für unsere Veranstaltungen gewinnen konnten, was für die Qualität der Fortbildung spricht“, zeigte sich Lux überzeugt.

Bericht des Vizepräsidenten

Dr. Klaus Ottmann berichtete von seinen zentralen Themen Berufordnung und Recht, Gebührenordnung für Ärzte, der Gutachterstelle für Arzthaftungsfragen, aus der Arbeit der Lebensspende-Kommissionen und den Maßnahmen im Bereich Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung. Von dem geplanten Patientenrechtegesetz verspreche sich die Ärzteschaft eine verbesserte Patienteninformation und eine Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten. Es sei zu begrüßen, dass die ursprünglichen Bestrebungen der A-Länder zu einer umfassenden Beweislastumkehr im derzeitigen Regierungsentwurf keinen Niederschlag gefunden hätten. Strittige Themen seien nach wie vor der Patientenbrief, eine Regelung bezüglich der Informationspflicht bei Indivi-

duellen Gesundheitsleistungen (IGeL) und der Härtefallfonds. Der BLÄK-Vize sprach sich für die Einführung eines verschuldensunabhängigen Härtefallfonds aus. Schwere, schicksalhafte Verläufe nach medizinischen Behandlungen bräuchten Ausnahmeregelungen, so Ottmann.

Zur geplanten Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) berichtete der Vizepräsident, dass eine neue GOÄ in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr erwartet werden könne. Die Verhandlungen mit der privaten Krankenversicherung seien derzeit zum Stillstand gekommen. Die Bundesärztekammer plane, dem Bundesgesundheitsministerium im neuen Jahr eine komplette, dem aktuellen medizinischen Standard entsprechende, neue GOÄ vorzulegen. „Wir brauchen eine faire, den aktuellen Stand der Medizin abbildende, betriebswirtschaftlich kalkulierte, neue GOÄ für unser Vertragsverhältnis mit unseren Patienten“, betonte Ottmann. „Unser Vertragspartner ist jedoch nicht die private Krankenversicherung, sondern der Patient.“ Zu den in § 116b SGB V durch das Versorgungsstrukturgesetz erlassenen Rahmempfehlungen zwischen Krankenkassen, Krankenhäusern und Vertragsärzten erklärte der Vizepräsident, mit dieser Regelung die sektorübergreifende Zusammenarbeit langfristig stärken zu können. Die Richtlinien dazu würden durch den Gemeinsamen Bundesausschuss verfasst.

Ottmann begrüßte auch die Neuregelung des § 115b SGB V, wonach es Vertragsärzten nun erlaubt sei, in Krankenhäusern ambulant zu operieren. Dabei wurde auch § 115a SGB V so geändert, dass hierzu beauftragte Vertragsärzte in den Räumen des Krankenhauses oder in einer Arztpraxis Leistungen im Rahmen der vor- und nachstationären Behandlung für das Krankenhaus erbringen können. „Damit kommen wir einer stärkeren Verzahnung der Sektoren ein gutes Stück näher“, zeigte sich Ottmann überzeugt. Weiterhin appellierte er, die BLÄK zukünftig in dem in nach § 90a SGB V geregelten gemeinsamen Landesgremium zu beteiligen. Insbesondere habe die BLÄK die Definitionskompetenz der ärztlichen Weiterbildung und damit eine besondere Verantwortung für die Steuerung der Versorgungsstruktur. Anschließend stellten die Vorsitzenden ihre Arbeit aus den vier vorbereitenden Ausschuss-Workshops vor (siehe Seite 624 ff.).

Arbeitstagung

In der Diskussion nach den Berichten wurden über 70 Anträge diskutiert und beschlossen. Dabei ging es unter anderem um Humanisierung statt Industrialisierung in der Medizin,



Die 180 Delegierten zur Bayerischen Landesärztekammer tagten im Augsburger Kongresszentrum.

das gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V, die Gründung von Medizinischen Versorgungszentren durch Ärztinnen und Ärzte gleicher Fachrichtungen, die Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung, die Einführung eines Härtefallfonds im geplanten Patientenrechtegesetz, die Problematik des fehlenden Grippeimpfstoffes durch den Exklusivvertrag der Krankenkassen mit einer Pharmafirma, den aktuellen Transplantationsskandal, Fragen der Substitution, die Verbesserung der Versorgung von an Sepsis erkrankter Patienten, die Beschneidung von Jungen, Zielvereinbarungen im Arztberuf, der Zugang zum Medizinstudium und die Förderung von Weiterbildungsverbänden (alle Beschlüsse auf Seite 616 ff.).

Finanzen und Satzungswerke

Der Rechnungsabschluss 2011 mit Erträgen in Höhe von 28.768.731,90 Euro und Aufwendungen in Höhe von 28.739.941,50 Euro wurde von den Delegierten angenommen. Der Abschluss des Investitionshaushaltes 2011 in Höhe von 1.474.000 Euro wurde ebenfalls angenommen. Der Vorstand der BLÄK wurde für das Jahr 2011 entlastet. Die Karl TreuConsult GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Starnberg, wurde auch für das Geschäftsjahr 2012 wieder mit der Prüfung der Betriebsführung und Rechnungslegung beauftragt. Für das Geschäftsjahr 2013 beschloss der 71. Bayerische Ärztetag einen Haushaltsplan, der Erträge in Höhe von 27.916.000 Euro und Aufwendungen in Höhe von 28.222.000 Euro vorsieht. Der Investitionsplan in Höhe von 510.000 Euro für das Jahr 2013 wurde ebenfalls angenommen.

Die Weiterbildungsordnung für die Ärzte Bayerns wurde in einigen Punkten geändert. Insbesondere wurde den Erfordernissen der Weiterbildungsassistenten noch stärker Rechnung getragen. Die Meldeordnung der BLÄK und die Geschäftsordnung der BLÄK wurden geringfügig adaptiert.

Die Delegierten bereiteten außerdem die Beschlussfassung einer Fortbildungsordnung der BLÄK vor. Ziel ist es, eine Vorlage für den 116. Deutschen Ärztetag zu erstellen, die dann vom 72. Bayerischen Ärztetag in verbindliches Satzungsrecht übernommen werden kann. Eine bundeseinheitliche (Muster-)Fortbildungsordnung soll im Jahr 2013 die Regelungskompetenz der Kammern auf diesem Sektor belegen und Hindernisse für Fortbildungsteilnehmer und -veranstalter durch unterschiedliche Regelungen abbauen. In der Fortbildungsordnung werden unter anderem die Bewertung von Fortbildungsmaßnahmen mit Fortbildungspunkten, die Ausstellung der Fortbildungszertifikate, die Anerkennung von Fortbildungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltern beschrieben. Geregelt werden auch die gegenseitige Anerkennung von Fortbildungsmaßnahmen und die Behandlung von Fortbildungen im Ausland.

Der 72. Bayerische Ärztetag findet vom 11. bis 13. Oktober 2013 in Bamberg statt. Im Jahr 2014 wird der Bayerische Ärztetag vom 24. bis 26. Oktober in Weiden in der Oberpfalz abgehalten.

*Jodok Müller, Dagmar Nedbal
und Sophia Pelzer (alle BLÄK)*